



Kanton Zug

**Kommentar zum Planungs- und Baugesetz (PBG) samt
Verordnung (V PBG)**



Kommentar zum Planungs- und Baugesetz (PBG) samt Verordnung (V PBG)

Inhalt		
2.6	Verfahrensbestimmungen	4
2.6.1	§ 36 Erlass von kantonalen Richtplänen	4
2.6.2	§ 37 Erlass des gemeindlichen Richtplans	4
2.6.3	§ 37a Erlass von gemeindlichen Quartiergestaltungsplänen	4
2.6.4	§ 38 Erlass von kantonalen Zonen- und Sondernutzungsplänen	4
2.6.5	§ 38a Erlass von Planungszonen	5
2.6.6	§ 39 Erlass von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und ordentlichen Bebauungsplänen	5
2.6.7	§ 39a Erlass von gemeindlichen Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen sowie von einfachen Bebauungsplänen	6
2.6.8	§ 40 Einfaches Verfahren für gemeindliche Bauvorschriften, Zonen- und Bebauungspläne	6
2.6.9	§ 41 Publikation von Beschlüssen über gemeindliche Bauvorschriften, Zonen- und Bebauungspläne; Beschwerdemöglichkeit	6
2.6.10	§ 42 Genehmigung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und ordentlichen Bebauungsplänen sowie Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen	7
2.6.11	§ 43 Genehmigung des gemeindlichen Richtplans	7
2.6.12	§ 44 Bewilligungspflicht	7
2.6.13	§ 44a Pflicht zur Bauanzeige, Solaranlagen	7
2.6.14	§ 45 Ablauf des Baubewilligungs- und Baueinspracheverfahrens	8
2.6.15	§ 46 Koordination, Entscheid über Baugesuch und Baueinsprachen	8
2.6.16	§ 46a Geltungsdauer von Baubewilligungen	8
2.6.17	§ 46b Baubeginn	9
2.6.18	§ 46c Inanspruchnahme von Drittgrundstücken: Umfang	9
2.6.19	§ 46d Inanspruchnahme von Drittgrundstücken: Verfahren	9
2.6.20	§ 47 Bauermittlungen	10
2.6.21	§ 47a Gesetzliche Fristen und Behandlungsfristen	10

2.6 Verfahrensbestimmungen

2.6.1 § 36 Erlass von kantonalen Richtplänen

¹ Die Baudirektion lässt kantonale Richtpläne vor der Beschlussfassung durch die zuständige Behörde öffentlich auflegen.

² Wer beim kantonalen Richtplanverfahren mitwirken will, kann der Baudirektion während der Auflagefrist schriftlich Eingaben unterbreiten.

³ Die Baudirektion fasst die Eingaben in einem Bericht zusammen und nimmt gesamthaft Stellung. Sie unterbreitet ihren Bericht der Behörde, die den Richtplan beschliesst, und orientiert die Absender der Eingaben.

Materialien

Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

2.6.2 § 37 Erlass des gemeindlichen Richtplans

¹ Sofern eine Gemeinde bei ihrer Planung einen gemeindlichen Richtplan einsetzen will, ist er gemäss dem Verfahren der gemeindlichen Zonenplanung, jedoch durch den Gemeinderat, zu erlassen.

² Die Beschwerdemöglichkeit gemäss § 41 entfällt.

Materialien

Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

Die Gemeinden sind nicht mehr verpflichtet, einen kommunalen Richtplan zu erlassen. Sofern sie sich jedoch für den Erlass eines kommunalen Richtplans entscheiden, erlässt ihn der Gemeinderat und orientiert sich dabei sinngemäss am Verfahren der kommunalen Zonenplanung.

Die Kommission für Raumplanung und Umwelt fragte sich, ob gemeindliche Richtpläne überhaupt noch notwendig seien, zumal der kantonale Richtplan bereits sehr detailliert sei.

Die Baudirektion war ebenfalls dieser Ansicht. Da aber bis auf eine Gemeinde alle wünschen, dieses Planungsinstrument beizubehalten, wurde § 37 dahingehend geändert, dass er als Kann-Vorschrift ausgebildet wurde. Den Gemeinden solle es somit freistehen, kommunale Richtpläne zu erlassen.

2.6.3 § 37a Erlass von gemeindlichen Quartiergestaltungsplänen

¹ Gemeindliche Quartiergestaltungspläne sind gemäss dem Verfahren der gemeindlichen Zonenplanung durch den Gemeinderat zu erlassen.

² Die Beschwerdemöglichkeit gemäss § 41 entfällt.

Materialien

§ 37a (neu: 1. Januar 2019)

Bisher enthielt das PBG keine Vorschriften zum Erlass von Quartiergestaltungsplänen. Dies ist nun zu ändern. Die Vorschriften für den Erlass des kommunalen Richtplans sollen auch für den Erlass von gemeindlichen Quartiergestaltungsplänen Gültigkeit haben. Einzig die kantonale Genehmigungspflicht entfällt (§ 43 Abs. 1 PBG).

2.6.4 § 38 Erlass von kantonalen Zonen- und Sondernutzungsplänen

¹ Sollen kantonale Zonen- und Sondernutzungspläne erlassen, geändert oder aufgehoben werden, holt die zuständige Behörde die erforderlichen Mitberichte ein. Danach wird der bereinigte Entwurf in der betreffenden Gemeinde öffentlich aufgelegt. Die Betroffenen sind, soweit möglich, direkt zu benachrichtigen. Für die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist die Amtsblattpublikation massgebend.

² Während der Auflagefrist kann bei der zuständigen Behörde Einsprache erheben, wer von den Plänen berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an deren Unterlassung oder Änderung hat.

³ In einfachen Fällen kann auf die Publikation im Amtsblatt verzichtet werden, doch sind die Betroffenen direkt zu benachrichtigen. Ihr Einspracherecht ist zu gewährleisten.

⁴ Rechtskräftige Beschlüsse sind von der zuständigen Behörde zur Orientierung der Öffentlichkeit im Amtsblatt zu publizieren.

Materialien

§ 38 Absatz 1 und 3 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 38a Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39 Absatz 1 und 2 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39a (neu: 1. Januar 2019)

§ 42 Absatz 1, 2 und 3 (geändert: 1. Januar 2019) und Absatz 4 (aufgehoben: 28. Juni 2019)

Diese Anpassungen hängen damit zusammen, dass neu alle Fristen für die Planungsverfahren in § 47a geregelt werden.

2.6.5 § 38a Erlass von Planungszonen

¹ Wer von einer Planungszone betroffen ist, kann während der öffentlichen Auflage bei der anordnenden Behörde Einsprache erheben. Gegen den Einspracheentscheid sind die Rechtsmittel gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz zulässig.

Materialien

§ 38 Absatz 1 und 3 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 38a Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39 Absatz 1 und 2 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39a (neu: 1. Januar 2019)

§ 42 Absatz 1, 2 und 3 (geändert: 1. Januar 2019) und Absatz 4 (aufgehoben: 28. Juni 2019)

Diese Anpassungen hängen damit zusammen, dass neu alle Fristen für die Planungsverfahren in § 47a geregelt werden.

2.6.6 § 39 Erlass von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und ordentlichen Bebauungsplänen

¹ Sollen gemeindliche Bauvorschriften, Zonen- oder ordentliche Bebauungspläne erlassen, geändert oder aufgehoben werden, lässt der Gemeinderat seinen Entwurf von der Baudirektion vorprüfen.

² Nach der Vorprüfung legt der Gemeinderat den bereinigten Entwurf öffentlich auf. Die Auflage ist im Amtsblatt anzuzeigen.

³ Während der Auflagefrist können beim Gemeinderat schriftlich Einwendungen erhoben werden. Die Berechtigung dazu ist nicht beschränkt.

⁴ Nach Ablauf der Auflagefrist stimmt die Gemeinde über die Anträge des Gemeinderates in Kenntnis der Einwendungen und der Vorbehalte der Baudirektion ab. Mit der Abstimmung sind die Einwendungen erledigt.

Materialien

§ 38 Absatz 1 und 3 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 38a Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39 Absatz 1 und 2 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39a (neu: 1. Januar 2019)

§ 42 Absatz 1, 2 und 3 (geändert: 1. Januar 2019) und Absatz 4 (aufgehoben: 28. Juni 2019)

Diese Anpassungen hängen damit zusammen, dass neu alle Fristen für die Planungsverfahren in § 47a geregelt werden.

2.6.7 § 39a Erlass von gemeindlichen Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen sowie von einfachen Bebauungsplänen

¹ Das Verfahren für den Erlass von gemeindlichen Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen sowie von einfachen Bebauungsplänen richtet sich grundsätzlich nach der Bestimmung von § 38 dieses Gesetzes.

² Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenpläne bedürfen überdies einer Vorprüfung durch die Baudirektion.

Materialien

§ 38 Absatz 1 und 3 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 38a Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39 Absatz 1 und 2 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39a (neu: 1. Januar 2019)

§ 42 Absatz 1, 2 und 3 (geändert: 1. Januar 2019) und Absatz 4 (aufgehoben: 28. Juni 2019)

Diese Anpassungen hängen damit zusammen, dass neu alle Fristen für die Planungsverfahren in § 47a geregelt werden.

2.6.8 § 40 Einfaches Verfahren für gemeindliche Bauvorschriften, Zonen- und Bebauungspläne

¹ Der Gemeinderat beschliesst

a) kleine Änderungen von rechtskräftigen Bauvorschriften, Zonen- oder Bebauungsplänen;

b) einfache Bebauungspläne gemäss § 32^{bis}.

Materialien

Absatz 1 lit. b (geändert: 1. Januar 2019)

2.6.9 § 41 Publikation von Beschlüssen über gemeindliche Bauvorschriften, Zonen- und Bebauungspläne; Beschwerdemöglichkeit

¹ Jeder Beschluss über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- oder Bebauungsplänen ist vom Gemeinderat einmal im Amtsblatt zu publizieren und öffentlich aufzulegen.

² Die Publikation nennt den Gegenstand des Beschlusses, enthält eine Rechtsmittelbelehrung und verweist auf die öffentliche Auflage.

³ Während der Auflagefrist kann beim Regierungsrat Beschwerde erheben, wer von den Vorschriften oder Plänen besonders berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an der Aufhebung oder Änderung des Beschlusses der Gemeinde hat.

Materialien

Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

Bis anhin musste jeder Beschluss über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- oder Bebauungsplänen jeweils zweimal im Amtsblatt publiziert werden, einmal zu Beginn der öffentlichen Auflage, das zweite Mal während der öffentlichen Auflage. Von dieser bisherigen Pflicht ist Abstand zu nehmen. Eine einmalige Publikation im Amtsblatt muss inskünftig genügen. Dem Anspruch auf Gewährung des rechtlichen Gehörs ist mit einer einmaligen Publikation im Amtsblatt bereits Genüge getan.

2.6.10 § 42 Genehmigung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und ordentlichen Bebauungsplänen sowie Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen

¹ Die Genehmigung von neuen, geänderten oder aufgehobenen gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- oder ordentlichen Bebauungsplänen sowie Erschliessungs-, Baulinien- und Strassenplänen erfolgt grundsätzlich im Sinne der Vorschriften der Spezialgesetzgebung. Die Prüfung durch die Genehmigungsbehörde erstreckt sich auf Übereinstimmung der gemeindlichen Bauvorschriften und Pläne mit dem eidgenössischen und kantonalen Recht, insbesondere mit dem Raumplanungsgesetz, dem Planungs- und Baugesetz und dem kantonalen Richtplan. Der Ermessensspielraum der Gemeinden muss gewahrt bleiben.

² Der Regierungsrat koordiniert seine Genehmigungen mit allfälligen Beschwerdeentscheiden in der gleichen Sache.

³ Ändert die Genehmigungsbehörde gemeindliche Bauvorschriften im Genehmigungsverfahren oder hebt sie diese ganz oder teilweise auf, hat sie ihren Beschluss im Amtsblatt zu publizieren und öffentlich aufzulegen.

⁴ ...

Materialien

§ 38 Absatz 1 und 3 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 38a Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39 Absatz 1 und 2 (geändert: 1. Januar 2019)

§ 39a (neu: 1. Januar 2019)

§ 42 Absatz 1, 2 und 3 (geändert: 1. Januar 2019) und Absatz 4 (aufgehoben: 28. Juni 2019)

Diese Anpassungen hängen damit zusammen, dass neu alle Fristen für die Planungsverfahren in § 47a geregelt werden.

2.6.11 § 43 Genehmigung des gemeindlichen Richtplans

¹ Sofern der Gemeinderat einen gemeindlichen Richtplan erlässt, unterbreitet er ihn, ohne die Quartiergestaltungspläne, der Baudirektion zur Genehmigung.

² Die Genehmigung ist vom Gemeinderat mit Amtsblattpublikation bekanntzumachen.

Materialien

Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2019)

Die Gemeinden sind nicht mehr verpflichtet, einen kommunalen Richtplan für das gesamte Gemeindegebiet zu erlassen. Sofern sie sich jedoch für den Erlass eines entsprechenden kommunalen Richtplans entscheiden, unterbreitet ihn der Gemeinderat der Baudirektion zur Genehmigung. Von der Genehmigungspflicht sind kommunale Quartiergestaltungspläne ausgenommen. Diese Richtpläne beziehen sich auf einen begrenzten Perimeter und nicht auf das gesamte Gemeindegebiet.

2.6.12 § 44 Bewilligungspflicht

¹ Wer Bauten und Anlagen erstellen, ändern oder anders nutzen will, bedarf einer Bewilligung der zuständigen Gemeindebehörde. Vorbehalten bleibt § 6 Abs. 1 dieses Gesetzes.

² ...

³ ...

V PBG § 44

2.6.13 § 44a Pflicht zur Bauanzeige, Solaranlagen

¹ Geringfügige Bauvorhaben und Solaranlagen, welche die nachbarlichen und die öffentlichen Interessen nicht erheblich berühren, sind der zuständigen Gemeindebehörde mit einer Bauanzeige zu melden.

² Die Gemeindebehörde teilt die Anzeigen für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen umgehend der Baudirektion mit.

³ Erhebt die zuständige Behörde innert 20 Tagen seit Empfang der Bauanzeige durch die Gemeindebehörde keine Einwendungen, darf das Vorhaben ausgeführt werden.

⁴ Solaranlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von kantonaler oder nationaler Bedeutung bedürfen stets einer Baubewilligung. Sie dürfen solche Denkmäler nicht wesentlich beeinträchtigen.

2.6.14 § 45 Ablauf des Baubewilligungs- und Baueinspracheverfahrens

¹ Das Baugesuch ist öffentlich aufzulegen. Es wird am ersten Tag und ein weiteres Mal während der Auflage im Amtsblatt publiziert.

² Wer vom Baugesuch besonders berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse am Ausgang des Verfahrens hat, ist zur Baueinsprache berechtigt.

³ Die Einsprache muss innert der Auflagefrist schriftlich beim Gemeinderat eingereicht werden und hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten.

⁴ In einfachen Fällen, insbesondere wenn keine öffentlichen oder nachbarlichen Interessen berührt sind oder das nachbarliche Einverständnis vorliegt, ist von der Auflage und Publikation des Baugesuchs abzusehen.

Materialien

Absatz 1 (geändert: 1. Januar 2018)

Diese Anpassung wird vorgenommen, weil es neu eine Bestimmung für alle Fristen im PBG (§ 47a) gibt. Die Baugesuche müssen im Gegensatz zur heutigen Regelung nur noch einmal im Amtsblatt publiziert werden. Die vom Regierungsrat vorgesehene nur noch einmalige Publikation von Baugesuchen im Amtsblatt wurde von der Kommission für Raumplanung und Umwelt kritisch hinterfragt. Ihrer Meinung nach würde damit die Gefahr steigen, dass Nachbarn und Einsprachelegitimierte die Wahrnehmung ihrer Rechte verpassen würden. Dabei galt es aber zu bedenken, dass die Amtsblattpublikation nicht die einzige Massnahme zur Publizität der Baugesuche sei. Bei Baugesuchen müssten immer auch Bauprofile erstellt werden.

2.6.15 § 46 Koordination, Entscheid über Baugesuch und Baueinsprachen

¹ Die zuständige Gemeindebehörde holt bei der kantonalen Koordinationsstelle die erforderlichen Bewilligungen und Zustimmungen ein und eröffnet sie zusammen mit allfälligen Einspracheentscheiden gemeinsam mit ihrem Entscheid über das Baugesuch.

² ...

³ ...

⁴ ...

Materialien

Absatz 2, 3 und 4 (aufgehoben: 31. Dezember 2018)

Diese Anpassungen (Streichung der Abs. 2, 3 und 4) wurden vorgenommen, weil es neu eine Bestimmung für alle Fristen im PBG (§ 47a) gibt.

2.6.16 § 46a Geltungsdauer von Baubewilligungen

¹ Die Baubewilligung entfällt, wenn nicht innert zwei Jahren seit Rechtskraft mit dem Bau begonnen wird. Auf schriftliches Gesuch kann die Gemeindebehörde die Frist höchstens dreimal um jeweils ein Jahr verlängern.

² ...

Materialien

Absatz 2 (aufgehoben: 31. Dezember 2018)

2.6.17 § 46b Baubeginn

¹ Die rechtsgültige Baubewilligung gestattet den sofortigen Baubeginn, wenn Bedingungen und Auflagen nichts anderes vorsehen.

² Sofern vor Baubeginn insbesondere technische Belange erfüllt sein müssen, sind sie der zuständigen gemeindlichen Dienststelle nachzuweisen. Bei erbrachtem Nachweis gestattet die gemeindliche Dienststelle selber den Baubeginn als schriftliche Mitteilung oder sie erwirkt einen Entscheid der zuständigen Behörde.

2.6.18 § 46c Inanspruchnahme von Drittgrundstücken: Umfang

¹ Jede Grundeigentümerschaft ist berechtigt, Nachbargrundstücke zu betreten und vorübergehend zu benutzen, soweit es, Vorbereitungshandlungen eingeschlossen, für die Erstellung, die Veränderung oder den Unterhalt von Bauten, Anlagen, Ausstattungen und Ausrüstungen nötig und mit verhältnismässigem Aufwand nicht anders möglich ist und soweit dadurch das Eigentum der bzw. des Betroffenen nicht unzumutbar gefährdet oder beeinträchtigt wird.

² Dieses Recht ist möglichst schonend und gegen volle Entschädigung auszuüben. Der ursprüngliche Zustand des Nachbargrundstücks ist nach Abschluss der Inanspruchnahme wiederherzustellen.

Materialien

§ 46c (neu: 1. Januar 2019)

Ähnliche Bestimmungen kennt das zürcherische Baurecht (§ 229 ff. Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich). Namentlich bei der Nachverdichtung ist es bisweilen notwendig, dass für das Stellen von Gerüsten, das Setzen von Erdankern und dergleichen Grundstücke von Nachbarschaften betreten oder beansprucht werden müssen. Selbstverständlich wird die Beanspruchung von Nachbargrundstücken nur unter strengen Voraussetzungen möglich sein. Bauherrschaften werden nur dann berechtigt sein, Nachbargrundstücke zu betreten und vorübergehend zu benutzen, wenn dies für die Erstellung, die Veränderung oder den Unterhalt von Bauten, Anlagen, Ausstattungen und Ausrüstungen zwingend notwendig und mit verhältnismässigem Aufwand nicht anders möglich ist. Sie dürfen dabei das Eigentum der Betroffenen bzw. des Betroffenen nicht unzumutbar gefährden oder beeinträchtigen. Selbstverständlich sind die Bauherrschaften gehalten, auf eigene Kosten den ursprünglichen Zustand der von ihnen beanspruchten Nachbargrundstücke nach Abschluss der Bauarbeiten wiederherzustellen. Gäbe es diese einfache öffentlich-rechtliche Regelung nicht, bedürfte es jeweils eines langwierigen und kostspieligen zivilrechtlichen Verfahrens, um zu diesem Recht zu kommen. Deshalb hat sich gezeigt, dass zur Förderung der Verdichtung die Baubewilligungsbehörde auch über die Duldungspflicht der Nachbarschaft für marginale Beanspruchungen der Nachbarparzellen entscheiden soll. Die damit im Zusammenhang stehenden Entschädigungsansprüche sollen von der Schätzungskommission in einem öffentlich-rechtlichen Verfahren beurteilt werden. Die Schätzungskommission legt dabei die Entschädigung fest.

2.6.19 § 46d Inanspruchnahme von Drittgrundstücken: Verfahren

¹ Die Inanspruchnahme ist der Betroffenen bzw. dem Betroffenen von der Bauherrschaft genau und rechtzeitig schriftlich mitzuteilen.

² Stimmt die bzw. der Betroffene innert 30 Tagen seit der Mitteilung nicht zu oder einigen sich die Beteiligten über die Entschädigung nicht, entscheidet auf Begehren der Bauherrschaft die örtliche Baubehörde rasch über die Zulässigkeit des Begehrens.

³ Über die Entschädigung entscheidet die Schätzungskommission im Nachgang.

Materialien

§ 46d (neu: 1. Januar 2019)

Vgl. Erläuterungen zu § 46c¹: Die dort gemachten Aussagen gelten hier sinngemäss.

2.6.20 § 47 Bauermittlungen

¹ Aufgrund eines Bauermittlungsgesuchs entscheidet die zuständige Behörde über einzelne, klar umschriebene Fragen zu einem Bauvorhaben.

² Für das Verfahren und den Entscheid gelten sinngemäss die Vorschriften über das Baubewilligungs- und Baueinspracheverfahren.

³ Der Entscheid ist während zwei Jahren seit Rechtskraft verbindlich. Auf schriftliches Gesuch kann die Gemeindebehörde die Frist höchstens dreimal um jeweils ein Jahr verlängern.

2.6.21 § 47a Gesetzliche Fristen und Behandlungsfristen

¹ Es gelten folgende Auflagefristen:

a) 20 Tage für

1. Baugesuch.

b) 30 Tage für

1. Planungszone;

2. Erlass von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und Sondernutzungsplänen;

3. Erlass von kantonalen Zonen- und Sondernutzungsplänen.

c) 60 Tage für

1. Erlass und Änderung des kantonalen Richtplans.

² Es gelten folgende Behandlungsfristen:

a) Ein Monat für

1. kantonale Entscheide der kantonalen Koordinationsstelle.

b) Zwei Monate für

1. Baugesuche ohne Einsprachen.

c) Drei Monate für

1. Baugesuche mit Einsprachen;

2. Vorprüfung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und Sondernutzungsplänen;

3. Genehmigung von gemeindlichen Bauvorschriften, Zonen- und Sondernutzungsplänen ohne Beschwerden.

³ Die Behandlungsfristen beginnen zu laufen, sobald die Gesuchsunterlagen vollständig sind und – bei Baugesuchen – die Auflagefrist abgelaufen ist. Fristüberschreitungen oder -erstreckungen müssen auf Begehren von den zuständigen Behörden begründet werden.

Materialien

§ 47a (neu: 1. Januar 2019)

In dieser Bestimmung werden die gesetzlichen Fristen und die Behandlungsfristen für alle Verfahren in einer Bestimmung geregelt. Neu gelten einheitliche gesetzliche Fristen für alle Verfahren. Die schon bisher geltenden Fristen werden in der neuen Bestimmung übernommen.

Die Behandlungsfristen dürfen gemäss Abs. 3 nicht zu laufen beginnen, bevor die Gesuchsunterlagen vollständig sind. Es ist darauf zu verweisen, dass gemäss § 30b Abs. 1 aV PBG (§ 52 V PBG in Kraft seit 1. Januar 2019) die Fristen bei einem Baugesuch, gegen das Einsprachen erhoben worden sind, erst dann zu laufen beginnen, wenn die Gesuchsunterlagen vollständig sind und die Einsprachefrist abgelaufen ist. Im Übrigen beginnen die Behandlungsfristen erst zu laufen, wenn alle notwendigen Dokumente vorliegen.

V PBG § 52²

¹Siehe Seite 9

²Siehe Seite ??

Stichwortverzeichnis

öffentliche Auflage, 5
öffentliches Interesse, 7, 8

Amtsblatt, 5–8
Auflagefrist, 4–6, 8, 10

Bauanzeige, 8
Baubeginn, 9
Baubewilligung, 8, 9
Baudirektion, 4, 6
Bauermittlung, 10
Baugesuch, 8
Baulinienplan, 6, 7
Bauten und Anlagen, 7
Bauvorschrift, 6, 7
Bebauungsplan, 6
Behandlungsfrist, 10
Bewilligungspflicht, 7

einfacher Bebauungsplan, 6
Einsprache, 8, 10
Entschauldigung, 9
Erschliessungsplan, 6, 7

Gemeinderat, 5–7
gemeindliche Bauvorschriften, 5, 6
gemeindlicher Richtplan, 4, 7

Inanspruchnahme, 9

kantonale Koordinationsstelle, 8
kantonaler Richtplan, 4, 7
Kultur- und Naturdenkmal, 8

Nachbargrundstück, 9
nachbarliches Interesse, 7, 8

ordentlicher Bebauungsplan, 5, 7

Planungszone, 5

Quartiergestaltungsplan, 4, 7

Regierungsrat, 7

Solaranlage, 7
Sondernutzungsplan, 4
Strassenplan, 6, 7

Zonenplan, 4–7